

DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 13. MAI 2009

Erfolgreich durchgeführte Sparmassnahmen

Delegiertenversammlung mit zukunftsweisenden Schwerpunkten

Nach vollzogener Verbandsreorganisation tagte die Delegiertenversammlung erstmals mit der neunköpfigen Geschäftsleitung an der Spitze der Versammlung. Schwerpunkte der neunten Delegiertenversammlung von Bildung Thurgau vom 13. Mai 2009 waren die Abnahme diverser Jahresberichte und des Rechnungsabschlusses über das Langjahr des Berufsverbandes (August 2007 bis Dezember 2008) sowie die Zustimmung zur Erhöhung des Mitgliederbeitrages im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Berufsrechtsschutzversicherung Protekta.

Jahresberichte

Die 43 Delegierten genehmigten einstimmig die jeweils einzeln zur Diskussion gestellten Jahresberichte von Präsidium, Pädagogischer Kommission, Standespolitischer Kommission und Beratung. Die Jahresberichte, welche das Langjahr 2007/08 betreffen, sind ebenfalls unter www.bildungthurgau.ch zu finden.

Finanzen im Lot

Buchhalter Hermann Studer, diplomierter Experte für Rechnungslegung und Controlling, legte erstmals die Jahresrechnung von Bildung Thurgau vor und erläuterte bedeutsame Mindereinnahmen wie die Senkung des Kantonsbeitrags um 30 000 Franken und die geringeren Mitgliederbeiträge in der Höhe von 14 000 Franken, welche sich vorwiegend durch Pensionierungen sowie Kantons- und Berufswechsel ergaben. Andererseits gab es bei verschiedenen Positionen auch Mehreinnahmen. Die Rechnung schloss mit einem kleinen Defizit von 2505 Franken, was angesichts des Gesamtaufwandes von 1,184 Millionen Franken auf eine sehr hohe Budgetgenauigkeit hinweist.

Die Verbandsrechnung wurde einstimmig genehmigt. Das Vermögen per 31. Dezember 2008 beträgt 43 123,02 Franken. Die Reserven blieben unangetastet, der Bestand zu Beginn und am Ende des Langjahres betrug unverändert 232 028 Franken.

Moderate Beitragserhöhung

Nach Ablauf der dreimonatigen Karenzfrist werden Rechtsfälle seit dem 1. April 2009 von der Protekta übernommen. Pro Mitglied kostet die Verbandsrechtsschutzversicherung 6,70 Franken. Die Geschäftsleitung entschied sich, den Delegierten einen Antrag für eine Beitragserhöhung zu stellen, damit der neue Aufwand von rund 15 000 Franken nicht zulasten der allgemeinen Verbandsrechnung geht. Praktisch einstimmig bei zwei Gegenstimmen wurde der Erhöhung des Mitgliederbeitrages um sieben Franken entsprochen. Lehrpersonen mit einem Pensum von zehn und mehr Lektionen erhalten somit ab nächstem Verbandsjahr eine Beitragsrechnung von 241 Franken, Lehrpersonen mit einem tieferen Pensum zahlen künftig 124 Franken.

Übertreibungen vermeiden

Die Fotografie mit sich öffnenden Blumen als Einstieg ins Traktandum «Worte der Regierungsrätin Monika Knill» interpretierte die Präsidentin Anne Varenne als hoffentlich neu erwachende Gefühle im DEK gegenüber den Anliegen der Lehrerschaft und als ein Hinweis auf die gute, erspriessliche Zusammenarbeit zwischen der Berufsorganisation und dem Erziehungsdepartement. Monika Knill nahm diese Gedanken spontan auf und bekräftigte ihrerseits das Interesse des DEK an den Anliegen, Sorgen und Problemen der Lehrerschaft.

In ihren Ausführungen streifte sie viele Themen. So steht sie einem Ranking von Schulen skeptisch gegenüber. Monika Knill wertete die aktuelle Situation der Schule mit ihren kleineren oder grösseren Baustellen als sehr positiv. Sie schätzt es, dass Lehrpersonen auf gesellschaftspolitische Forderungen, welche an die Schule gestellt werden, nicht überhastet reagieren. Übertreibungen seien zu vermeiden, andererseits lasse sich ein gesundes Mass an Veränderungen auch nicht verhindern. Der Thurgauer Schule und ihren Lehrpersonen attestierte die Regierungsrätin gute Noten und wies auf das gute Rollenverständnis und die kurzen Kommunikationswege hin. Die Zusammenarbeit finde auf hohem, konstruktivem Niveau statt, auch wenn das Salz in der Suppe manchmal unterschiedlich wahrgenommen werde. Vom nächsten Bildungsbericht verspricht sie sich erneut Übersicht, Transparenz sowie eine Standortbestimmung.

Beitragsgesetz

Bezüglich Beitragsgesetzes meinte Monika Knill, es seien viele Rückmeldungen aufgenommen worden. Wo und mit welcher Wirkung die Pauschalisierung erfolgt, wird Aufgabe der Kommission sein. Keinesfalls soll eine Steuerfussanpassung bei den Schulgemeinden provoziert werden. Die örtlichen Gegebenheiten werden auch künftig massgebend sein. Unbestritten ist beim alten und neuen System, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Schulgemeinde massgebend ist.

Dank an die Lehrpersonen

Abschliessend drückte Monika Knill ihre Freude aus, dass 2009 die Zahl der Lehrverträge noch höher ausfallen werde als im vergangenen Rekordjahr. Sie dankte herzlich für die gute Zusammenarbeit und wies auf die neu gestalteten Bildungsrunden hin. Der direkte Draht zueinander lohne sich, so könne man Themen frühzeitig besprechen und gewinne damit Zeit und Effizienz. Den Lehrpersonen dankte sie für die Bereitschaft zur Mitarbeit in Kommissionen und wünschte allen den nötigen Atem, um täglich eine motivierte Unterrichtsarbeit leisten zu können.

Diskussion um Berufsauftrag

Mit dem Berufsauftrag sollten Lehrpersonen, Schulleitungen und Behördemitglieder wissen, was zum Grundauftrag gehört und was nicht. Seit drei Jahren ist er nun nach zwei Probejahren definitiv in Kraft. Eine Evaluation darüber sollte ursprünglich nur bei Behörden und Schulleitungen durchgeführt werden. Bildung Thurgau erreichte, dass Lehrpersonen ebenfalls einbezogen wurden. Zudem stellte der Verband über Monate hinweg mehrere Anfragen bezüglich der Durchführung. Trotz aller Bemühungen von Bildung Thurgau fiel die Evaluation direkt vor die Sommerferien im Juni 2008 – ein denkbar ungünstiger Moment! Der Verband erreichte in der Folge eine Verlängerung der Rückmeldezeit. Leider wurden nicht alle Lehrpersonen durch die Schulleitungen darauf aufmerksam gemacht. Letztlich gaben dreissig Prozent der Lehrpersonen eine Rückmeldung, was in Anbetracht der schlechten Voraussetzungen viel ist. In Bezug auf Zufriedenheit mit dem Berufsauftrag waren die Schulleitungen im Mittelfeld zu finden. Die Schulbehörden, welche inzwischen vom Schulalltag weit weg sind, äusserten sich am positivsten. Grundsätzlich die tiefste Zufriedenheit zeigte sich bei den Lehrpersonen. Die Aufforderung von Anne Varenne, gruppenweise sechs Fragen zum Berufsauftrag zu diskutieren, nahmen die Delegierten engagiert auf und schrieben ihre Voten auf Plakate. Diese wurden zwischenzeitlich in der Geschäftsleitung ausgewertet.

Vernehmlassung FBS

Projektleiter Marco Rüegg zeigte sich erfreut über den Umstand, dass die Forderungen von Bildung Thurgau aufgenommen wurden und der Verband deshalb bis zum Schluss in der Begleit- und Projektgruppe mitgearbeitet hatte. Er meinte, die Wartezeit für ein umsetzungstaugliches Modell habe sich gelohnt, denn inzwischen habe man flächendeckend die geleiteten Schulen. Für die Besoldung der Lehrpersonen stehen nur sechs Lohnbänder zur Verfügung, was eine kleine Flexibilität nach sich zieht. Bei den Lehrpersonen wird die Berufserfahrung der Dienstalterseinstufung gleichgestellt. Die Regelung der generellen Besoldungserhöhung ist sowohl beim Staatspersonal wie bei den Lehrpersonen gleich. Diese bestimmt jeweils der Regierungsrat in den jeweiligen Lohnrunden. Prämien für besonders gute Leistungen gibt es im Schulbereich noch nicht.

Das Flexible Besoldungssystem (FBS) stellt einen gewissen Bezug zwischen Beurteilung und Besoldung her. So soll beim ohnehin jährlich stattfindenden Standort- beziehungsweise Mitarbeitergespräch festgestellt werden, ob die Anforderungen erfüllt oder nicht erfüllt wurden. Sollte die Leistung einer Lehrperson nachlassen, so ist zuerst ein Coaching auf Kosten der Schule vorgesehen. Marco Rüegg ist überzeugt, dass ein einmaliges, befristetes Aussetzen eines Stufenanstieges als letztes Mittel erfolgen wird. Der Projektleiter berichtete, dass der Regierungsrat Kenntnis der vorgeschlagenen Regelung genommen habe und ja sage

- zur Gliederung in vier Abschnitte;
- zu den Voraussetzungen für das Erreichen des folgenden Lohnabschnittes;
- zu einem einmaligen, klar befristeten Aussetzen eines Stufenanstieges;
- zu Leistungsprämien, welche aber erst nach der Revision der Besoldungsverordnung ausgeschüttet werden könnten.

Keine Leistungsprämien

Punkt für Punkt wurde im Anschluss an das Referat von Marco Rüegg die Vernehmlassungsantwort der Geschäftsleitung diskutiert. Die von der Delegiertenversammlung mit grossem Mehr bei drei Gegenstimmen verabschiedete Fassung kann unter www.bildungthurgau.ch nachgelesen werden. Nur zu wenigen Punkten wurde das Wort ergriffen. Anstelle von Leistungsprämien, welche das Klima im Schulteam belasten könnten, wird verlangt, dass die dafür vorgesehenen Gelder stattdessen für die Aufhebung der vor einigen Jahren vorgenommenen Halbierung des Dienstaltersgeschenks eingesetzt werden.

Schliesslich stimmten die Delegierten der Bildung einer Arbeitsgruppe «Löhne» zu, welche sich umfassend mit Lohnfragen und Pflichtpensen aller Stufen auseinandersetzt und zuhanden der Delegiertenversammlung ein Gesamtkonzept mit Anträgen vorbereiten soll.

Pensionskasse

Einen sehr informativen Schlusspunkt zur Versammlung setzte Kurt Rüegg, Präsident der Anlagekommission, welcher die aktuelle Situation der Pensionskasse Thurgau erläuterte. Diese verfügt derzeit über einen Deckungsgrad von etwa 90 Prozent. Die Leitung der Pensionskasse ist der Ansicht, dass die Unterdeckung sowie die allgemeine Situation der Pensionskasse momentan nicht Besorgnis erregend sei. Man nehme aber die Lage sehr ernst und hoffe, bis in einigen Jahren den guten Vorjahresstand wieder erreichen zu können. In der Fragerunde bekräftigte Kurt Rüegg, dass die Übergangsrente ab 63 Jahren nicht zur Diskussion stehe und unabhängig von der aktuellen Finanzlage bestehen bleiben werde.

Claude Besançon, stellvertretender Geschäftsführer der Pensionskasse Thurgau, verwies auf die Website «pk.tg.ch», wo beispielsweise die Quartalsberichte nachgelesen werden können.

400 neue Mitglieder

Im vergangenen Verbandsjahr erlebte die Mitgliederentwicklung Höhen und Tiefen. Dank Extraversand mit «Hirtenbrief» konnten beinahe 400 neue Mitglieder gefunden werden. Leider erfolgten aber auch zahlreiche Austritte wegen Pensionierung, Kantonswechsel oder Berufswechsel. Anne Varenne rief die Mitglieder auf, in den Lehrerzimmern die Junglehrpersonen von der Wichtigkeit des Berufsverbandes zu überzeugen.

An der nächsten Delegiertenversammlung vom 25. November 2009 werden doppelt so viele Delegierte anwesend sein, da mit der Verbandsneustrukturierung die Zahl der Delegierten deutlich erhöht wurde.